

Der Flüchtling als Feind

Mit militärischen Mitteln: London und Paris unterzeichnen Abkommen zur Bekämpfung von Migration über Ärmelkanal. **Von Christian Bunke**

Am 30. September warf ein Mann drei Brandsätze auf ein Flüchtlingslager in der südenglischen Hafenstadt Dover und tötete sich anschließend selbst. Einen Tag später erklärte die britische konservative Innenministerin Sue-Ellen Braverman, sie arbeite daran, »die Invasion an unserer Südküste zu stoppen«. Damit meinte sie die Ankunft von rund 40.000 Flüchtlingen, die sich laut Regierungsangaben vom Sonntag in diesem Jahr bereits mit Schlauchbooten auf den gefährlichen Weg von Frankreich über den Ärmelkanal nach England gemacht hätten. Noch nie waren es so viele gewesen. Die meisten von ihnen kommen laut dem britischen Innenministerium aus Albanien, Afghanistan, Iran und Irak.

Am Montag nun verkündete Braverman das vorläufige Ergebnis ihrer Bemühungen in Sachen Flüchtlingsbekämpfung: Ein neuer, frisch unterzeichneter Deal mit der französischen Regierung soll es richten. Die bereits seit Jahren andauernde militärische Aufrüstung des Ärmelkanals sowie der britischen und französischen Grenzregionen wird damit fortgesetzt. 72 Millionen Euro will London dafür im kommenden Jahr laut Innenministerium in die Hand nehmen. Im Vergleich zum Zeitraum von 2021 bis 2022 sind das rund zehn Millionen Euro mehr. 62,7 Millionen Euro zahlte die britische Regierung in diesem Jahr an Paris, so die *Financial Times* am Montag unter Berufung auf französische Quellen.

Mit diesem Geld solle die »Sicherheit in den Häfen erhöht werden«, um »illegalen Eintritt« zu verhindern, heißt es in einer Pressemitteilung des britischen Innenministeriums vom Montag. Dafür wolle man in »modernste Überwachungstechnologien, Drohnen, Spürhunde, Überwachungskameras und Helikopter« investieren, um »Übertritte zu erkennen und zu verhindern«. Angedacht sei außerdem die Einrichtung



Auf Worte folgten Taten: Löscharbeiten nach dem Anschlag in Dover am 30. Oktober 2022

von »Empfangs- und Entfernungscentren« in Frankreich, wie es in geradezu orwellischer Sprache in der Pressemitteilung weiter heißt. Diese seien für »Migranten« gedacht, deren Einreiseversuch nach Großbritannien erfolgreich verhindert worden sei.

Auch sonst wollen britische und französische Behörden ihre Zusammenarbeit bei der Flüchtlingsbekämpfung intensivieren. So sollen der Regierung in London zufolge künftig »erstmalig in der Geschichte« britische Beamte in französische Grenzschutzorgane »eingebettet« werden – und umgekehrt. Die in Frankreich operierenden Briten erhielten allerdings lediglich einen Beobachterstatus, dürfen also selbst keine Festnahmen durchführen. Laut *Financial Times* vom Montag soll bis Mit-

te kommenden Jahres die Zahl der in Frankreich mit der Verhinderung von Schlauchbootüberquerungen beschäftigten Beamten auf bis zu 300 aufgestockt werden. 2018 seien nur 90 Beamte mit dieser Aufgabe befasst gewesen, so das Blatt.

Auf britischer Seite ist inzwischen die Royal Navy im Ärmelkanal unterwegs, um Flüchtlingsboote abzufangen. Längst wurde dafür ein eigener Kommandeur eingesetzt, der Einsätze mit Schnellbooten, Hubschraubern und Drohnen befehligt. Bravermans Vorgängerin Priti Patel, wollte die Kriegsmarine sogar zur Durchführung von sogenannten Pushbacks ermächtigen, so dass Flüchtlingsboote zur Umkehr nach Frankreich gezwungen werden könnten. Das wäre dann gegebenenfalls auch

durch das Rammen von Flüchtlingsbooten möglich. Die britische Regierung sah letztlich davon ab, wohl auch, um nicht wegen zu offensichtlicher Menschenrechtsverstöße angeklagt zu werden.

Doch auch so endet die Überfahrt für viele Flüchtlinge tödlich. Am Montag veröffentlichte die unter anderem für die Tageszeitung *The Guardian* arbeitende freiberufliche Journalistin Nicola Kelly auf Twitter ein Transkript, welches die Kommunikation von in Seenot geratenen Flüchtlingen mit französischen und britischen Behörden vom 24. November vergangenen Jahres wiedergeben soll. Demnach spielten die Behörden den Ball stundenlang hin und her, ohne Hilfe zu schicken. 32 Flüchtlinge ertranken an jenem Tag.

Scharfmacher unter Druck

»Ethisches Fehlverhalten«: Untersuchung zu rechtem Generalsekretär der US-dominierten OAS

Um den rechten Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), Luis Almagro, wird es einsam. Der Ständige Rat der von Washington dominierten OAS hat am Freitag eine Resolution verabschiedet, mit der eine externe Firma beauftragt wird, Vorwürfe gegen Almagro wegen »ethischen Fehlverhaltens« zu untersuchen. Dem ehemaligen Außenminister Uruguays wird vorgeworfen, gegen Vorschriften der Organisation verstoßen zu haben, weil er eine intime Beziehung zu einer ihm unterstellten Mitarbeiterin hatte, die er zudem befördert haben soll. Die von Uruguay und dem Karibikstaat Antigua und Barbuda eingebrachte Resolution war mit 30 Ja-Stimmen bei zwei Enthaltungen und einer Abwesenheit angenommen worden.

Die Position des OAS-Generalsekretärs werde kurioserweise jetzt nicht wegen seiner Unterstützung dubioser Politiker in Lateinamerika, sondern wegen eines mutmaßlichen Verstoßes gegen interne Regeln in Frage gestellt, kommentierte die argentinische Tageszeitung *Página 12* am Sonntag. Almagro, der

seit 2015 an der Spitze der Organisation steht, ist seit Jahren wegen seiner Nähe zur US-Regierung und ultrarechten Akteuren umstritten. Im Oktober 2019 hatte er dem mit über zehn Prozentpunkten Vorsprung im Amt bestätigten bolivianischen Präsidenten Evo Morales Wahlbetrug vorgeworfen. Gestützt auf einen später widerlegten OAS-Report hatten Oppositionelle daraufhin schwere Unruhen organisiert, die zu zahlreichen Toten und Verletzten und schließlich zu einem Staatsstreich führten, der Morales ins Exil zwang und am 10. November desselben Jahres ein Putschistenregime an die Macht brachte. Zuvor hatte Almagro sich mehrfach für schärfere US-Sanktionen gegen Kuba eingesetzt, den gewaltbereiten Teil der venezolanischen Opposition um den selbsternannten »Interimspräsidenten« Juan Guaidó unterstützt und zustimmend erklärt, eine militärische Intervention in Venezuela sei »nicht ausgeschlossen«.

Länder wie Bolivien, Mexiko und Argentinien haben mehrfach Almagros Rücktritt gefordert. Selbst die US-Regierung, die ihren loyalen Gefolgsmann bisher gegen alle Angriffe unterstützte,

hatte sich bereits vor der Abstimmung vom Freitag für eine externe Untersuchung ausgesprochen. »Wir nehmen die Anschuldigungen sehr ernst«, sagte ein Sprecher des Außenministeriums gegenüber der Nachrichtenagentur AP.

Auf der Sitzung des Ständigen Rates bestätigte Almagro, dass er eine dreijährige Beziehung mit der mexikanischen Politikwissenschaftlerin Marián Vidaurri unterhalten hatte, die inzwischen aber beendet sei. Ein sich »OAS-Whistleblower« nennender anonymen Informant hatte bereits vor Wochen darauf hingewiesen, dass die 20 Jahre jüngere Frau, die zunächst in der OAS-Abteilung »zur Stärkung der Demokratie« gearbeitet hatte, »plötzlich und ohne Ausschreibung von einer mittleren Position zur leitenden Beraterin« des Generalsekretärs befördert worden sei. Innerhalb von drei Monaten soll die Untersuchung jetzt klären, welche Rolle Almagro dabei spielte. Die internen Regeln der OAS sehen vor, dass Personen, die eine intime Beziehung zu einem anderen Mitarbeiter oder Dienstleister haben, »von der Beaufsichtigung oder Beurteilung dieser Person ausge-

schlossen sind« und »nicht an einem Verfahren teilnehmen dürfen, in dem eine Verwaltungsentscheidung getroffen oder überprüft wird, die die Interessen dieser Person berührt«.

Der Fall erinnert an einen ähnlichen Vorgang bei der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB), deren Präsident Mauricio Claver-Carone, ein Vertrauter Donald Trumps, Ende September wegen Verstößen gegen den Ethikkodex der Bank entlassen wurde, weil er eine intime Beziehung zu einer weiblichen Untergebenen unterhielt, die er mit zwei Gehaltserhöhungen begünstigte. »Claver-Carones Absetzung löste Gerüchte aus, dass innerhalb der Biden-Administration daran gearbeitet wird, mit Trump verbündete Kräfte aus regionalen Institutionen wie der IDB und der OAS zu entfernen«, berichtete des investigativen US-Nachrichtenportals *The Grayzone* damals. »Sollte Almagro abgesetzt werden, könnte er das jüngste Opfer dieser Kampagne werden«, hatte das Portal bereits am 7. Oktober über mögliche Hintergründe der nun beschlossenen Untersuchung spekuliert.

Volker Hermsdorf

Westbank: Angriffe nahe Siedlerstadt

Ramallah. Bei mehreren Angriffen nahe der israelischen Siedlerstadt Ariel im besetzten Westjordanland sind drei Menschen getötet worden. Drei weitere wurden schwer verletzt, wie der Rettungsdienst Magen David Adom (MDA) am Dienstag mitteilte. Der mutmaßlich palästinensische Attentäter wurde nach Angaben des israelischen Militärs erschossen. Dem Gesundheitsministerium in Ramallah zufolge handelte es sich um einen 18-jährigen aus dem nördlichen Westjordanland. Die israelische Armee hatte in den vergangenen Monaten unter anderem mit Razzien die Spannungen im Westjordanland angeheizt.

(dpa/iw)

Istanbul: Zahl der Festnahmen gestiegen

Istanbul. Im Zusammenhang mit dem Anschlag in Istanbul, bei dem sechs Menschen starben, ist die Zahl der Festnahmen auf 50 gestiegen. Das berichtete die staatliche Nachrichtenagentur *Anadolu* unter Berufung auf den türkischen Justizminister Bekir Bozdogan am Dienstag. Derweil wurde nach Angaben des türkischen Innenministeriums in der osttürkischen Provinz Tunceli eine Operation gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) eingeleitet. 881 Menschen seien an dem Einsatz beteiligt. Ankara beschuldigt die Partei, Urheber des Anschlags zu sein. Diese wies das zurück.

(dpa/iw)

Russland: UN-Resolution zu Kriegsschäden

New York. Die UN-Vollversammlung hat am Montag (Ortszeit) eine Resolution verabschiedet, nach der Russland Reparationen für Kriegsschäden in der Ukraine zahlen soll. 94 Länder stimmten für die Resolution, die nicht bindend ist. 14 stimmten dagegen, unter anderem Russland, China, Kuba und Mali. 73 Länder enthielten sich. Die Resolution fordert, dass Russland »für alle Verletzungen« des Völkerrechts und der UN-Charta in der Ukraine »zur Rechenschaft gezogen« wird.

(AFP/iw)

Den dritten Welt Krieg stoppen Jetzt!

XXVIII. INTERNATIONALE ROSA-LUXEMBURG-KONFERENZ | SA. 14.1.2023
MERCURE-HOTEL MOA BERLIN, STEPHANSTR. 41

Tickets und Infos unter jungewelt.de/rlk

Die Tageszeitung **junge Welt**